

Debatte um das „Schwarzfahren“: Hamburg kann zum Vorbild für andere Großstädte werden – Parteijugenden fordern zügiges Handeln vom Hamburger Senat

Gemeinsame Erklärung von Jusos Hamburg und Grüne Jugend Hamburg

Hamburg, 20. April 2026

Auch die Hamburger Grünen haben sich am Wochenende auf ihrer Landesmitgliederversammlung positioniert: Künftig sollen bei den Hamburger Verkehrsunternehmen keine Strafanzeigen mehr nach § 265a StGB wegen Fahrens ohne Fahrschein gestellt werden. Einen entsprechenden Antrag hatte vor vier Wochen bereits die SPD Hamburg auf ihrem Landesparteitag verabschiedet. Die Jusos Hamburg und die Grüne Jugend Hamburg fordern den Hamburger Senat zur zügigen Umsetzung auf.

Nach übereinstimmenden Parteitagsbeschlüssen von SPD und Grünen in Hamburg könnte nun ein Paradigmenwechsel im Umgang mit dem „Schwarzfahren“ bevorstehen. Beide Parteien haben sich jeweils mit breiter Mehrheit gegen die Kriminalisierung des Fahrens ohne Ticket ausgesprochen, nachdem die beiden Jugendorganisationen jeweils entsprechende Anträge gestellt hatten.

Die Beschlüsse richten sich gegen die bestehende Rechtslage in § 265a StGB („Beförderungerschleichung“), die vielfach als ungerecht empfunden wird. Nach dem Willen der Regierungsparteien könnte sich dies in Hamburg nun ändern, sodass Menschen mit geringem oder keinem Einkommen aus der Schusslinie des Strafrechts genommen werden.

Leon Meyer, Landessprecher der Grünen Jugend Hamburg, und Paul Strothmann, Landesvorsitzender der Jusos Hamburg, erklären dazu: „Dass sich nach der SPD nun auch die Grünen klar positioniert haben, ist ein großer Erfolg. Wir fordern den Senat auf, die Parteitagsbeschlüsse zügig umzusetzen. Damit würde er das sozialpolitisch und finanziell Richtige tun.“

Die Form der Strafverfolgung ist weder sozial gerecht noch sinnvoll. Leon Meyer ergänzt: „Es kann nicht sein, dass Menschen in Hamburg weiterhin im Gefängnis landen, nur weil sie sich kein Ticket leisten können. Der Paragraf ist eine Armutsfalle. Eine große Mehrheit der wegen § 265a Inhaftierten ist arbeitslos, zudem ist der Anteil suchtkranker

und wohnungsloser Menschen hoch. Diese Menschen brauchen Hilfe und Unterstützung, aber ganz sicher keinen Aufenthalt in der JVA Billwerder.“

Für die Hamburger Jugendverbände ist klar: Diese Form der Strafverfolgung ist weder sozial gerecht noch wirtschaftlich sinnvoll. Die Rechtslage ist ein finanzielles Desaster für die Stadt. Ein einziger Hafttag kostet schätzungsweise 215 Euro. Dem gegenüber steht ein „Schaden“ von meist weniger als vier Euro für eine einfache HVV-Fahrt. Durch diese Bagatellfälle werden hunderte Arbeitsstunden bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten sowie Plätze in den Gefängnissen blockiert – Ressourcen, die bei der Verfolgung schwerer Delikte fehlen.

Ein häufiger Kritikpunkt an der Entkriminalisierung lautet, dass Menschen zum Fahren ohne Fahrschein eingeladen würden, wenn es keine Strafen mehr gäbe. Dem ist allerdings nicht so. In den dreizehn deutschen Städten, in denen keine Strafanträge mehr gestellt werden, machen die Verkehrsbetriebe die Vertragsstrafe von aktuell 60 Euro zivilrechtlich weiterhin geltend. Somit wird das Fahren ohne Ticket auch weiterhin sanktioniert. Nur muss dafür niemand mehr ins Gefängnis.

Auch ein Blick auf die praktischen Erfahrungen aus anderen Städten, die bereits auf den Strafantrag verzichten, ist lohnend. So zeigen Erhebungen aus Köln und Bremen, dass die Zahl der Menschen ohne Ticket nach Verzicht auf den Strafantrag nicht plötzlich ansteigt. „Es gibt ja auch nicht Millionen Falschparker*innen, nur weil man dafür nicht ins Gefängnis kommt“, so die Sprecher der Hamburger Jugendorganisationen.

Paul Strothmann, selbst Jurist, fügt hinzu: „Der Senat befindet sich in einer komfortablen Lage: Es braucht keinen Prüfauftrag, denn die Sach- und Rechtslage sind hier eindeutig. Hamburg hat jetzt die Chance, als zweitgrößte deutsche Stadt mit voranzugehen und eine überfällige Korrektur umzusetzen. Die Mehrheiten in Hamburg sind da – jetzt braucht es den politischen Willen im Senat.“

In der letzten Woche hatte sich auch Bundesjustizministerin Stefanie Hubig in die Debatte um das Fahren ohne Ticket eingemischt und in einem Interview mit der NOZ eine Entkriminalisierung des Fahrens ohne Ticket gefordert. Jusos und Grüne Jugend begrüßen die Haltung der Ministerin ausdrücklich und bekräftigen ihre Unterstützung für die Abschaffung von § 265a StGB auf Bundesebene.

Mit dieser Forderung reihen sich Hubig, Jusos und Grüne Jugend in eine große Gruppe anderer Organisationen ein, darunter die Bundesrechtsanwaltskammer, die Neue Richter*innenvereinigung und über 100 Wissenschaftler*innen. Während in Berlin die progressiven Mehrheiten noch fehlen, sind sie in Hamburg vorhanden.

Über die Grüne Jugend Hamburg

Die Grüne Jugend Hamburg (GJHH) ist die Jugendorganisation der Hamburger Grünen. Wir verstehen uns als eigenständiger, kritischer und unabhängiger Verband. Mit über 600 Mitgliedern sind wir einer der größten politischen Jugendverbände der Hansestadt. Es engagieren sich junge Menschen zwischen 14 und 30 Jahren. Organisatorisch gliedert sich die Grüne Jugend Hamburg in den Landesverband und Kreisverbände in den Bezirken, die lokal politisch aktiv sind und eigene Treffen, Aktionen und Kampagnen durchführen. Die Grüne Jugend Hamburg entwickelt und diskutiert progressive und ökologische Ideen, organisiert Kampagnen und Wahlkämpfe und bringt die Stimme der jungen Generation in die Hamburger Grünen und in die Hamburger Politik ein. Zentrale Werte der Grünen Jugend Hamburg sind Ökologie, Queer-Feminismus, soziale Gerechtigkeit und Antifaschismus.

Über die Jusos Hamburg

Die Jusos Hamburg (Jungsozialist*innen in der SPD Hamburg) sind die Jugendorganisation der SPD Hamburg und mit über 2.500 Mitgliedern der größte politische Jugendverband in der Hansestadt. Es engagieren sich junge Menschen zwischen 14 und 35 Jahren. Gegliedert sind die Jusos in sieben Kreise mit 29 sogenannten Juso-Gruppen. Darüber hinaus bestehen drei Hochschulgruppen an der Universität Hamburg, der Bucerius Law School und der HafenCity Universität sowie eine landesweite Schüler*innen- und Auszubildendengruppe. Die Jusos Hamburg entwickeln und diskutieren junge und wichtige Ideen, organisieren Kampagnen und Wahlkämpfe und bringen die Stimme der jungen Generationen in die SPD und in die Hamburger Politik ein. Die Grundwerte der Jugendorganisation sind Sozialismus, Internationalismus und Feminismus.

Pressekontakt

Jusos Hamburg Emilian Soares Landesgeschäftsführer E-Mail: jusoshamburg@spd.de Tel.: 040/2808-4813	Grüne Jugend Hamburg Magnus Richter Landesgeschäftsführer E-Mail: presse@gruenejugendhamburg.de Tel.: 0155/63171131
--	---